

## **Initiativtext:**

### **Eidgenössische Volksinitiative «Cannabis-Legalisierung: Chancen für Wirtschaft, Gesundheit und Gleichberechtigung»**

#### **Die Bundesverfassung<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:**

##### **Art. 105a Cannabis**

#### **1 Die Gesetzgebung über den Anbau, Besitz und persönlichen Gebrauch von Cannabis ist Sache des Bundes. Bürgerinnen und Bürger ab dem Alter von 18 Jahren dürfen Cannabis anbauen und besitzen.**

Erklärung: Die Entscheidung, Cannabis erst ab dem Alter von 18 Jahren freizugeben, basiert auf einer positiven und verantwortungsbewussten Herangehensweise an den Umgang mit dieser Substanz. Indem das Gesetz das Mindestalter für den Anbau, Besitz und persönlichen Gebrauch von Cannabis auf 18 Jahre festlegt, wird eine klare Grenze gezogen, die den Schutz von jungen Menschen unterstützt.

Diese Regelung ermöglicht es, dass Personen, die das Erwachsenenalter erreicht haben, bewusstere Entscheidungen über den Konsum von Cannabis treffen können. Mit zunehmendem Alter steigt oft die Fähigkeit zur Selbstregulierung und zur Einschätzung von Risiken. Durch die Festlegung des Mindestalters auf 18 Jahre wird daher sichergestellt, dass der Gebrauch von Cannabis in einer Phase des Lebens stattfindet, in der die Menschen besser in der Lage sind, die potenziellen Auswirkungen zu verstehen und verantwortungsvoll damit umzugehen.

Darüber hinaus kann die Festlegung eines Mindestalters von 18 Jahren auch dazu beitragen, den illegalen Markt einzudämmen, indem sie jungen Menschen den Zugang zu Cannabis erschwert. Es schafft eine klare rechtliche Struktur, die dazu beiträgt, den Verkauf an Minderjährige zu kontrollieren und den Jugendschutz zu gewährleisten.

Insgesamt trägt die Entscheidung, Cannabis erst ab 18 Jahren freizugeben, zu einer sichereren und verantwortungsvolleren Nutzung dieser Substanz bei, während gleichzeitig der Jugendschutz und die öffentliche Gesundheit gefördert werden.

#### **2 Der Betrieb von Cannabis-Anbau- und Verkaufsstellen ist erlaubt. Diese Betriebe bedürfen einer Lizenz und unterliegen strengen Qualitäts- und Sicherheitsvorschriften.**

Erklärung: Die Erlaubnis für den Betrieb von Cannabis-Anbau- und Verkaufsstellen unter strengen Vorschriften ist eine positive Massnahme, die mehrere Vorteile mit sich bringt.

Zunächst einmal bietet diese Regelung eine kontrollierte und regulierte Umgebung für den Verkauf von Cannabisprodukten. Durch die Vergabe von Lizenzen und die Einhaltung strenger Qualitäts- und Sicherheitsstandards wird sichergestellt, dass die Produkte den gesetzlichen Anforderungen entsprechen und von hoher Qualität sind. Dies schützt die Verbraucher vor minderwertigen oder kontaminierten Produkten und trägt dazu bei, die öffentliche Gesundheit zu wahren.

Des Weiteren ermöglicht die Legalisierung und Regulierung von Cannabis-Anbau- und Verkaufsstellen eine bessere Kontrolle über den Markt. Durch die Lizenzierung und Überwachung dieser Betriebe kann der illegale Handel eingedämmt werden, da Verbraucher legale Alternativen haben. Dies hilft, die Kriminalität zu reduzieren und fördert die wirtschaftliche Entwicklung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen.

Zusätzlich bietet die Existenz von regulierten Verkaufsstellen eine Möglichkeit zur Aufklärung und Beratung der Verbraucher über den sicheren und verantwortungsvollen Gebrauch von Cannabisprodukten. Die Mitarbeiter in diesen Geschäften können Informationen über Dosierung, potenzielle Risiken und Wechselwirkungen mit anderen Substanzen bereitstellen, um sicherzustellen, dass die Verbraucher fundierte Entscheidungen treffen können.

Insgesamt trägt die Erlaubnis für den Betrieb von Cannabis-Anbau- und Verkaufsstellen unter strengen Vorschriften dazu bei, eine sicherere und transparentere Umgebung für den Verkauf von Cannabisprodukten zu schaffen, während gleichzeitig die öffentliche Gesundheit, der Jugendschutz und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden.

### **3 Die Einnahmen aus der Besteuerung von Cannabis-Produkten fließen in die Bildung, in die Prävention und in die Drogenaufklärung.**

Erklärung: Die Nutzung der Einnahmen aus der Besteuerung von Cannabis-Produkten für Bildung, Prävention und Drogenaufklärung ist eine äusserst positive Massnahme mit vielfältigen Vorteilen.

Zunächst einmal trägt diese Praxis dazu bei, dringend benötigte Mittel für die Bildung bereitzustellen. Die Einnahmen können verwendet werden, um Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen zu unterstützen, indem sie beispielsweise die Ausstattung verbessern, Lehrerfortbildungen finanzieren oder Bildungsprogramme entwickeln, die den Bedürfnissen der Schüler gerecht werden. Auf diese Weise wird die Qualität der Bildung gesteigert und die Zukunftschancen junger Menschen verbessert.

Des Weiteren ermöglicht die Verwendung der Steuereinnahmen für Präventions- und Aufklärungsprogramme eine gezielte und wirksame Bekämpfung des Drogenmissbrauchs. Diese Programme können Informationen über die Risiken und Auswirkungen des Konsums von Cannabis und anderen Drogen vermitteln, Frühwarnzeichen für Suchtprobleme erkennen und Hilfe und Unterstützung für Betroffene bereitstellen. Durch Prävention und Aufklärung wird das Bewusstsein für die potenziellen Risiken gestärkt und der Gebrauch von Cannabis in verantwortungsvoller Weise gefördert.

Darüber hinaus kann die Investition der Steuereinnahmen in die Drogenaufklärung dazu beitragen, bestehende Stigmata und Vorurteile im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit und -konsum abzubauen. Durch die Förderung eines offenen und sachlichen Dialogs werden Missverständnisse beseitigt und das Verständnis für die komplexen Ursachen von Drogenproblemen vertieft. Dies trägt dazu bei, eine unterstützende und respektvolle Gemeinschaft für Menschen zu schaffen, die von Drogenkonsum betroffen sind, und den Zugang zu Hilfe und Unterstützung zu erleichtern.

Insgesamt führt die Verwendung der Steuereinnahmen aus Cannabis-Produkten für Bildung, Prävention und Drogenaufklärung zu einer verbesserten Gesellschaft, indem sie die Bildungschancen erhöht, den Drogenmissbrauch reduziert und das Verständnis für Drogenprobleme fördert.

### **4 Der Verkauf von Cannabis an Minderjährige ist verboten. Der Bund führt umfassende Aufklärungskampagnen über die Risiken des Cannabis-Konsums durch.**

Erklärung: Das Verbot des Verkaufs von Cannabis an Minderjährige und die Durchführung umfassender Aufklärungskampagnen über die Risiken des Cannabis-Konsums sind entscheidende Schritte, um den Jugendschutz zu gewährleisten und die öffentliche Gesundheit zu fördern.

Indem der Verkauf von Cannabis an Minderjährige strikt untersagt ist, wird sichergestellt, dass junge Menschen vor den potenziellen Risiken und Schäden geschützt werden, die mit einem frühen und unangemessenen Konsum verbunden sind. Dieses Verbot sendet eine klare Botschaft an die Gesellschaft und die Jugendlichen selbst über die gesundheitlichen Gefahren und die gesetzlichen Grenzen im Zusammenhang mit dem Konsum von Cannabis.

Darüber hinaus spielen umfassende Aufklärungskampagnen eine entscheidende Rolle bei der Sensibilisierung für die Risiken des Cannabis-Konsums und bei der Förderung eines verantwortungsbewussten Umgangs mit dieser Substanz. Diese Kampagnen liefern wissenschaftlich fundierte Informationen über die kurz- und langfristigen Auswirkungen von Cannabis auf die körperliche und geistige Gesundheit, um ein Bewusstsein für potenzielle Risiken wie Sucht, kognitive Beeinträchtigungen und psychische Probleme zu schaffen.

Darüber hinaus können diese Aufklärungskampagnen auch dazu beitragen, bestehende Vorurteile und Missverständnisse über Cannabis aufzuklären und die Fähigkeit der Menschen zu stärken, fundierte Entscheidungen über den Konsum zu treffen. Indem sie die öffentliche Diskussion fördern und ein offenes Gespräch über den Gebrauch von Cannabis ermöglichen, tragen diese Kampagnen dazu bei, die Wissenslücken zu schliessen und die Gesellschaft insgesamt besser aufzuklären.

Zusammengefasst tragen das Verbot des Verkaufs von Cannabis an Minderjährige und die Durchführung umfassender Aufklärungskampagnen dazu bei, die Jugend vor den potenziellen Gefahren des Cannabis-Konsums zu schützen und ein gesundes Bewusstsein für den verantwortungsvollen Umgang mit dieser Substanz zu fördern.

### **5 Der Tetrahydrocannabinol-Blutgrenzwert muss so festgelegt werden, dass die Teilnahme am Strassenverkehr auch bei einem täglichen Cannabis-Konsum von bis zu 5 Gramm möglich ist.**

Erklärung: Die Festlegung des Tetrahydrocannabinol (THC)-Blutgrenzwerts unter Berücksichtigung von 2 bis 3% haltigem Cannabis mit THC oder maximal 5% THC-Gehalt trägt dazu bei, eine ausgewogene Balance zwischen der Sicherheit im Strassenverkehr und dem individuellen Konsum von Cannabis zu gewährleisten.

Indem der Grenzwert so festgelegt wird, dass eine Teilnahme am Strassenverkehr auch nach dem Konsum von bis zu 5 Gramm Cannabis möglich ist, wird berücksichtigt, dass viele Konsumenten eher gering konzentrierte Produkte verwenden. Diese Entscheidung basiert auf einer realistischen Einschätzung des Konsumverhaltens und der THC-Gehalte auf dem Markt.

Es ist wichtig zu beachten, dass der Grenzwert so festgelegt wird, dass er auch den Konsum von höher konzentriertem Cannabis, wie einem Feierabendjoint mit einem THC-Gehalt von 20 bis 30%, berücksichtigt. Das Ziel dabei ist, sicherzustellen, dass Personen, die am Abend Cannabis konsumieren, am nächsten Tag immer noch sicher am Strassenverkehr teilnehmen können. Heute muss man bis zu 4 oder 5 Tage warten wegen einem Joint. Dieser Grenzwert muss angepasst werden.

Diese Massnahme trägt dazu bei, den rechtlichen Rahmen für den Konsum von Cannabis und die Teilnahme am Strassenverkehr klar zu definieren und gleichzeitig die individuellen Bedürfnisse der Konsumenten zu berücksichtigen. Durch eine realistische Einschätzung der THC-Grenzwerte wird sichergestellt, dass Menschen, die Cannabis verantwortungsvoll konsumieren, nicht unnötig benachteiligt werden, während gleichzeitig die Sicherheit im Strassenverkehr gewährleistet wird.

**6 Der Eigenanbau von bis zu 50 Cannabis-Pflanzen ist erlaubt. Ab 51 Cannabis-Pflanzen ist eine spezielle Genehmigung erforderlich. Die Lagerung von bis zu drei Kilogramm Cannabis zu Hause zusätzlich zu den angebauten Cannabis-Pflanzen erlaubt.**

Erklärung: Die Erlaubnis zum Eigenanbau von bis zu 50 Cannabis-Pflanzen und die Möglichkeit, bis zu drei Kilogramm Cannabis zu Hause zu lagern, stellen eine positive Entwicklung dar, die mehrere Vorteile mit sich bringt.

Zunächst ermöglicht diese Regelung den Bürgern ein gewisses Mass an Eigenverantwortung und Selbstversorgung. Durch den Eigenanbau von Cannabis können Menschen ihre eigenen Bedürfnisse besser kontrollieren und auf eine sichere und kontrollierte Weise Cannabis für den persönlichen Gebrauch anbauen. Dies fördert ein Gefühl der Autonomie und Selbstbestimmung, was für viele Menschen wichtig ist.

Des Weiteren trägt die Erlaubnis zum Eigenanbau dazu bei, den illegalen Markt für Cannabis einzudämmen. Indem Menschen die Möglichkeit haben, Cannabis legal zu Hause anzubauen, wird die Nachfrage nach illegalen Produkten reduziert. Dies hilft, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen und die öffentliche Sicherheit zu verbessern.

Darüber hinaus ermöglicht die Regelung, bis zu drei Kilogramm Cannabis zu Hause zu lagern, den Menschen eine gewisse Flexibilität und Bequemlichkeit. Indem Personen eine gewisse Menge Cannabis zu Hause lagern können, können sie ihren Bedarf decken, ohne ständig auf den Markt angewiesen zu sein. Dies kann insbesondere in Regionen von Vorteil sein, in denen der Zugang zu legalen Verkaufsstellen begrenzt ist.

Insgesamt fördert die Erlaubnis zum Eigenanbau von Cannabis und die Möglichkeit, Cannabis zu Hause zu lagern, die Selbstbestimmung der Bürger, trägt zur Bekämpfung des illegalen Marktes bei und bietet eine gewisse Flexibilität und Bequemlichkeit für die Konsumenten.

**7 Die Einfuhr von Cannabis-Saatgut und von Cannabis in Gewebekulturen ist erlaubt**

Erklärung: Die Erlaubnis zur Einfuhr von Cannabis-Saatgut und von Cannabis in Gewebekulturen ist eine positive Entwicklung, die mehrere Vorteile mit sich bringt, insbesondere im Hinblick auf die Kontrolle und den Schutz vor gefährlichen Importen.

Indem die Einfuhr von Cannabis-Saatgut und Gewebekulturen erlaubt ist, wird eine bessere Kontrolle über die Qualität und Reinheit der importierten Produkte ermöglicht. Durch die Legalisierung und Regulierung dieser Importe können staatliche Stellen Sicherheitsstandards festlegen und sicherstellen, dass die eingeführten Produkte den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Dies trägt dazu bei, die Verbraucher vor minderwertigen oder gefährlichen Produkten zu schützen, die möglicherweise auf dem illegalen Markt erhältlich sind.

Darüber hinaus ermöglicht die Einfuhr von Cannabis-Saatgut und Gewebekulturen den Zugang zu einer breiteren Vielfalt an Sorten und genetischen Variationen von Cannabis. Dies kann zu einer Verbesserung der Qualität und Vielfalt der auf dem Markt erhältlichen Produkte führen und den Bedürfnissen der Verbraucher besser gerecht werden. Gleichzeitig fördert dies auch Innovationen in der Cannabis-Industrie und kann zu Fortschritten in der Züchtung und Entwicklung neuer Sorten führen.

Neben der Verbesserung der Produktqualität und -vielfalt trägt die Erlaubnis zur Einfuhr von Cannabis-Saatgut und Gewebekulturen auch dazu bei, die Kontrolle über den gesamten Produktionsprozess zu stärken. Indem staatliche Stellen den Import überwachen und regulieren, können sie sicherstellen, dass alle Phasen des Anbaus, der Herstellung und des Vertriebs den geltenden Vorschriften entsprechen. Dies erhöht die Transparenz und Verantwortlichkeit in der Cannabis-Industrie und fördert das Vertrauen der Verbraucher in die Legalisierung.

Insgesamt ermöglicht die Erlaubnis zur Einfuhr von Cannabis-Saatgut und Gewebekulturen eine bessere Kontrolle über die Qualität und Sicherheit der importierten Produkte, fördert die Vielfalt und Innovation in der Cannabis-Industrie und stärkt die Transparenz und Verantwortlichkeit im gesamten Produktionsprozess.

Erstellt von Brian Ballottin. Präsident der NFIA

Geprüft durch die Bundeskanzlei und die Sprachdienste Bern!